

In dieser Ausgabe ★ p.1 > Einleitung "Wie können wir die Verbindung zwischen Behinderung und Armut aufbrechen?" ★ p.2 > Behinderung, Armut und soziale Ausgrenzung: eine Betrachtung behinderungsbedingter Armut und der europäischen Politik zur sozialen Eingliederung ★ p.4 > Interview mit Fintan Farrell, EAPN "Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – ein Erfolg?" ★ p.5 > Leben in Armut ★ p.6 > Isabelle Durant, MEP, "Unser Einsatz für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss weitergehen" ★ p.7 > Interview mit Jan Jarab, Amt des Hohen Menschenrechtskommissars der Vereinten Nationen "Je stärker behinderte Menschen in die Gesellschaft eingegliedert werden, desto geringer ist das Risiko, dass sie verarmen" ★ p.8 > Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Einleitung | Wie können wir die Verbindung zwischen Behinderung und Armut aufbrechen?

Will man die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien in der Gesellschaft analysieren, muss man den Begriff Behinderung verstehen. Die Definition von Behinderung ist komplex und kontrovers. Die multidimensionale Natur von Behinderung ist weit mehr als ein individuelles gesundheitliches oder medizinisches Problem. Behinderung ist das Ergebnis der komplexen Interaktionen zwischen den funktionalen Einschränkungen der Person (physische, intellektuelle oder sensorische Bedingungen) und der sozialen und physischen Umgebung. Da sie aus Beeinträchtigungen resultiert, hat Behinderung ausgeprägte soziale Implikationen, führt zu sozialen und wirtschaftlichen Nachteilen, Vorenthaltung von Rechten und eingeschränkten Chancen in der Gesellschaft. Daher sollte akzeptiert werden, dass Behinderung ein Menschenrechtsproblem der Marginalisierung und Ausgrenzung ist. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterstreicht die enge Beziehung zwischen Armut und Behinderung. In der Präambel wird betont, dass "Die Anerkennung wertvoller existierender und potentieller Beiträge Behinderter zum Gemeinwohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaften und die Förderung des uneingeschränkten Genusses der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Behinderte sowie die vollständige Beteiligung Behinderter ihr Zugehörigkeitsgefühl steigern und zu signifikanten Fortschritten bei der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und der Auslöschung von Armut führen wird". Generell verstärken Armut und Behinderung einander und verschärfen die Verwundbarkeit und Ausgrenzung der Betroffenen. Außerdem heißt es: "Unter besonderem Hinweis darauf, dass die Mehrzahl der Menschen mit Behinderungen in einem

Zustand der Armut lebt, und diesbezüglich in der Erkenntnis, dass die nachteiligen Auswirkungen der Armut auf Menschen mit Behinderungen dringend angegangen werden müssen". Es ist offensichtlich, dass Behinderung und Armut oft Äußerungen desselben Prozesses sind. Armut ist nicht bloß eine Frage von Einkommen, die zu niedrig sind, um das Existenzminimum zu sichern. Vor allem ist sie ein Symptom eines immmanenten strukturellen Ungleichgewichts, das sich in allen Bereichen menschlicher Existenz manifestiert. So hängt Armut eng mit sozialer Ausgrenzung, Marginalisierung, Verwundbarkeit, Machtlosigkeit, Isolation und mit anderen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Entbehrung zusammen. Sie resultiert aus eingeschränktem oder fehlendem Zugang zu grundlegenden Infrastrukturen und Dienstleistungen und wird durch mangelnden Zugang der Menschen zu Grundbesitz, Krediten, Technologien und Institutionen und zu anderen Produktivvermögen und Ressourcen, die zur Gewährleistung einer nachhaltigen Existenzgrundlage

erforderlich sind, verschärft." (Poverty Assessment Study Report 1995, zitiert von Dube und Charowa 2005:9)

Die Beziehung zwischen Behinderung und Armut wird oft als Teufelskreis beschrieben, viele Elemente dieses Kreises sind untrennbar miteinander verbunden. Ein Leben in Armut erhöht die Wahrscheinlichkeit von Verletzung, Beeinträchtigung und Behinderung; die Ausgrenzung von Behinderung führt zu größerer Armut. Wir sehen in diesem Diagramm, dass die grundlegende Verbindung in diesem Zyklus Ausgrenzung ist. Es wird oft angenommen, dass arm und behindert zu sein zur schwerstmöglichen Isolation führt. Behinderung und Armut sind eindeutig Symptome der Art und Weise der Organisation der Gesellschaft. Anscheinend führt ein hohes Maß von Stigmatisierung und Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung, sogar im 21. Jahrhundert, zu ihrer noch ausgeprägteren Ausgrenzung und Diskriminierung in der Gesellschaft. Hinzu kommt, dass behinderte Menschen und ihre Familien aufgrund ihres eingeschränkten Zugangs zu grundlegender Gesundheitsfür-



sorge, Bildung und Beschäftigung, aufgrund von Fehlernährung und Lebensbedingungen unter dem Standard häufig immer weiter in chronische Armut absteigen, ohne die Aussicht, diesem Kreislauf je zu entkommen. Ohne bessere Integration werden behinderte Menschen automatisch zur wirtschaftlichen Belastung für die Gesellschaft. In der aktuellen, von einer Finanzkrise geprägten Situation ist es wichtig, diese Fakten bei der Planung und Entwicklung von Strategien und Maßnahmen ernsthaft zu berücksichtigen. "Eine Beseitigung der Armut ist kaum zu erreichen, wenn die Rechte und Bedürfnisse ausgeschlossener und behinderter Menschen nicht berücksichtigt werden."

Zur Reduzierung von Behinderung und Armut wurden zahlreiche Erhebungen durchgeführt, Aussagen und politische Maßnahmen formuliert. Viele internationale Behörden haben ebenfalls gute Arbeit geleistet, die diesem Bereich zugute kommt. Vielleicht hat sich die öffentliche Rhetorik in gewissem Maße verändert, behinderte Men-

schen gehören jedoch nach wie vor zu den in der Gesellschaft am stärksten marginalisierten. Bei der letzten EASPD-Konferenz in Skopje, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Oktober 2010, lautete die wichtigste Warnung der Teilnehmer, dass die Sparmaßnahmen der Regierungen soziale Dienstleistungen in ganz Europa gefährden. Generell muss der soziale Sektor extreme Budgetkürzungen hinnehmen und die Konsequenzen dieser fehlenden Finanzierung könnten den europäischen Wohlfahrtsystemen das Rückgrat brechen.

Die Europäische Union sollte diese Herausforderungen angehen, indem sie auf mehreren Ebenen auf die komplexen Faktoren, die das tägliche Leben von Behinderten und ihren Familien bestimmen, reagiert.

Behinderung in angemessener Weise in die Wirtschaftswachstumsagenda aufzunehmen, würde Behinderten neue Chancen eröffnen und ihren effektiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder verbessern. Wir müssen daher alle gemeinsam daran arbeiten, die europäischen Wohlfahrtsysteme am Leben zu erhalten und den Boden für die Verbesserung der aktuellen Situation von Behinderten und ihren Familien bereiten, was für die erfolgreiche Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in ganz Europa unerlässlich ist.



Dr. Vasilka DIMOSKA, Programmmanager im Republic Centre – PORAKA, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Mitglied des EASPD-Vorstands

Behinderung, Armut und soziale Ausgrenzung: eine Betrachtung behinderungsbedingter Armut und der europäischen Politik zur sozialen Eingliederung

In letzter Zeit war viel von Armutsbekämpfung und sozialer Eingliederung in der EU die Rede. Die jüngste Initiative der Europäischen Kommission, EU 2020 Strategie, die verspricht, 20 Millionen Menschen im kommenden Jahrzehnt aus der Armut zu befreien (eines der vorrangigen Ziele), sowie die Erklärung von 2010 zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung katalysierten die Aufmerksamkeit auf diese äußerst wichtigen Themen. Es ist eindeutig höchste Zeit, zu handeln und die inakzeptable Situation, dass derart viele Menschen in der EU in Armut leben oder Gefahr laufen, zu verarmen – obwohl Europa eine der wohlhabendsten Regionen der Welt ist – zu beseitigen. Diese Situation hat sich angesichts der berüchtigten finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krise der letzten Jahre, die zwar nicht für die "Erzeugung" von Armut und Ausgrenzung in Europa verantwortlich gemacht werden kann, aber eindeutig die Fehlfunktion unserer Wirtschaftssysteme bewies, noch verschärft. Diese waren, trotz jahrelangen

Wachstums, nicht in der Lage, die Kluft zwischen reichen und armen Europäern zu schließen. Im Gegenteil, diese Kluft ist zunehmend breiter geworden und macht die europäischen Gesellschaften ungleicher als zuvor, ungeachtet jüngerer Bemühungen zur Lösung dieser Probleme.

Gleichzeitig konzentrieren sich die Diskussionen immer stärker auf das Thema Einkommensungleichheiten und die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm in Europa. Die verbesserten wirtschaftlichen Standards der letzten Jahre wurden nicht gleichmäßig verteilt.

Behinderungsbedingte Armut in Europa

Spezifische Daten über Armut und Behinderung in der EU fehlen, was an Informationen verfügbar ist, lässt jedoch darauf schließen, dass behinderte Menschen doppelt so anfällig für Armut sind wie nicht behinderte Menschen. Dies ist auf mehrere

Gründe zurückzuführen: Menschen mit Behinderungen sind viel häufiger ohne Beschäftigung als nicht behinderte Menschen und wenn sie beschäftigt sind, dann eher in gering qualifizierten und daher schlechter bezahlten Beschäftigungsverhältnissen. Auch Barrieren in der Umwelt tragen zum niedrigeren Beschäftigungsniveau bei. Unzugängliche Verkehrsmittel zum Beispiel können dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen einer Beschäftigung nicht nachgehen können, obwohl sie einen Arbeitsplatz gefunden haben. Kürzlich in Großbritannien durchgeführte Untersuchungen zeigen diese Situation deutlich: 30% der behinderten Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter leben in Armut: dieser Wert ist doppelt so hoch wie bei den nicht behinderten Erwachsenen und in den letzten Jahren ist ein zu Beunruhigung veranlassender Aufwärtstrend zu beobachten. Außerdem kann mangelnde Beschäftigung nicht nur Armut sondern auch soziale Ausgrenzung verschärfen, insbesondere, wenn behinderte Erwachsene alleine leben. Die Beziehung zwischen Beschäftigung und

Armut ist eine wichtige, da, auch wenn bezahlte Arbeit gewiss nicht als "Versicherung" gegen Armut betrachtet werden kann, wie Daten über die "Working Poor" zeigen⁵, auch nachgewiesen wurde, dass Arbeit das Risiko, in Armut zu geraten, erheblich verringern kann. Gleichzeitig reichen Sozialhilfeleistungen nicht aus, um arbeitslose Haushalte von Menschen mit Behinderungen vor Armut zu bewahren.

Es wurde auch gezeigt, dass das Problem seine Ursache darin hat, dass Menschen mit Behinderungen weniger Qualifikationen haben, was die Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche verschärft. Es ist jedoch interessant, festzustellen, dass diese Tatsache sich auf jeder Ebene replizieren lässt, d.h. unabhängig vom Qualifikationsniveau sind behinderte Menschen eher bereit, zu arbeiten, aber nicht in der Lage, eine Beschäftigung zu finden, und wenn sie beschäftigt werden, ist es viel wahrscheinlicher, dass sie weniger verdienen. Angemessener Zugang zu höherer Bildung auf gleicher Basis mit anderen ist daher eines der wesentlichen Hilfsmittel, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen im Leben erhalten wie jeder andere. Bildung bedeutet Zugang zu Qualifikationen und Schulung, mehr Möglichkeiten bei der Berufswahl, bessere Integration in die Gesellschaft und ein höheres Maß an Selbstbestimmung. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass es bei behinderungsbedingter Armut um mehr geht als um Arbeitslosigkeit und niedrige Einkommen. Es geht um mangelnde Chancen und Erwartungen, die aus einem so breit gefassten Aspekt wie den Einstellungen der Menschen bis hin zu einem so speziellen Aspekt wie den Sehnsüchten des Einzelnen herrühren. Armut verursacht Stress, gesundheitliche Probleme und Isolierung. Armut bedeutet den Verlust der persönlichen Freiheit und schafft häufig einen Teufelskreis, durch den sich die Behinderung verstärkt, und die Armut wird von einer Generation zur nächsten weitergereicht. Diese Beobachtungen gehören zu den Ergebnissen einer vor kurzem in Flandern (Belgien), einer der reichsten Regionen in der EU, durchgeführten Studie. Die von der Universität Antwerpen durchgeführte Studie mit dem Titel "Behinderung, Einkommen und Zugang zu Gesundheitsversorgung" gelangte zu dem Ergebnis, dass 25% der behinderten Menschen in Flandern unter der Armutsgrenze leben und dass sogar Menschen, deren Einkommen über diesem Niveau liegt, oft Probleme haben, über die Runden zu kommen. Eine der Folgen

ist, dass die Menschen nicht den nötigen Zugang zur Gesundheitsfürsorge erhalten, weil es ganz einfach zu teuer ist, zum Arzt oder Zahnarzt zu gehen oder eine neue Brille oder andere Hilfsmittel zu kaufen. Auch der bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Rückerstattungen wird als Bürde empfunden, ebenso der Mangel an verfügbaren Informationen, der ebenfalls dazu beiträgt, dass Menschen nicht die Gesundheitsfürsorge bekommen, die sie brauchen. Die Umfrage ergab auch, dass viele behinderte Menschen auch bei der Wohnraumbeschaffung keine Wahl haben. Viele von ihnen leben in Sozialwohnungen, weil andere Optionen ganz einfach nicht erschwinglich sind. Alle diese Informationen lassen auf die Wechselbeziehung zwischen Armut und Behinderung schließen und helfen, zu erklären, wie Armut zu einer Behinderung führen oder sie verschärfen kann.

Europäische Politik der sozialen Eingliederung

Es ist bekannt, dass das europäische Integrationsprojekt im Grunde ein wirtschaftliches ist. Eine zunehmend enger werdende Bindung der Mitgliedstaaten führte jedoch zur immer ausgeprägteren Notwendigkeit, zu gewährleisten, dass eine soziale Dimension auch in europäischer Politik präsent ist. Die Bemühungen in diesem Bereich wurden in den letzten 10 Jahren über die so genannte Lissabon-Strategie koordiniert, einen Plan, der im Jahr 2000 von europäischen Staatsoberhäuptern und Regierungschefs vereinbart wurde. Die Lissabon-Strategie wurde vielfach kritisiert, weil sie ihren Zielen nicht gerecht wurde. Es trifft zwar zu, dass bis zum Jahr 2008 einige Fortschritte erreicht wurden, z.B. eine Zunahme des Beschäftigungsgrades (von 62,2% auf 65,9%), auf die soziale und territoriale Kohäsion wurde jedoch nicht genügend Augenmerk gelegt und die Auswirkungen auf die Reduzierung der Armut waren minimal, wobei die relative Armut in der Bevölkerung der EU von 2005 bis 2010 um 2% zunahm - und die Auswirkungen der Krise bereits spürbar waren. Vor dieser Kulisse beschloss die europäische Kommission, eine neue Strategie auf den Weg zu bringen, um über die kommenden 10 Jahre für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu sorgen: die EU 2020. Die Dimension der sozialen Eingliederung ist in diesem Plan viel ausgeprägter als bei seinem Vorläufer und in mehreren Bereichen

wurden klare quantitative Ziele gesteckt, was hoffentlich zur Systematisierung der Umsetzungsbemühungen und zur Gewährleistung einer eindeutigen Verpflichtung bei der Erreichung dieser Ziele beitragen wird. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich, nicht ohne Schwierigkeiten, darauf geeinigt, bis 2020 20 Millionen Europäern aus der Armut zu helfen. Dies ist eines der 5 vorrangigen Ziele - die anderen beziehen sich auf Forschung, Energie, Beschäftigung und Bildung - und es ist klar, dass soziale Eingliederung in dieser neuen Agenda einen hohen Stellenwert hat. Was die Minderung von Armut betrifft, so ist das Ziel, auf das sich die Mitgliedstaaten, wiederum nicht ohne Schwierigkeiten, einigten, eine Gesamtheit von 3 Indikatoren, die verschiedene Dimensionen von Armut erfassen: finanzielle Armut, materielle Entbehrung und Haushalte von Arbeitslosen. Dies sind gute Nachrichten, die zeigen, dass die europäische Elite erkannt hat, dass Sozialpolitik nicht mehr als Nebenprodukt der Wirtschaftspolitik betrachtet werden kann und dass konkrete Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Wohlergehen und die Lebensqualität aller in der EU lebenden Menschen zu garantieren. Es ist außerdem klar, dass eine starke Beteiligung der lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft für die Umsetzung dieser Politik und als Beitrag zur Herbeiführung eines anhaltenden Wandels unerlässlich ist. Daher ist die Erkenntnis so beunruhigend, dass in der EU 2020 Strategie so wenig auf soziale Dienstleistungen eingegangen wird. Die Bereitstellung und die Erbringung hochwertiger öffentlicher und sozialer Dienstleistungen sollten im Mittelpunkt der erneuerten Sozialpolitik der Mitgliedstaaten stehen, wenn sie die Auswirkungen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise effektiv angehen wollen.

Diese Krise betraf unzählige Menschen in Europa, die Arbeitslosigkeit nahm exponentiell zu und die Notwendigkeit hochwertiger Dienstleistungen wuchs entsprechend. Haushalte mit mittleren Einkommen gerieten unter Druck, da Arbeitsplätze verloren gingen und Einkommen und Vermögen sich verringerten. Dieser Personenkreis hat jedoch leichteren Zugang zu Dienstleistungen, die er vorher nicht in Anspruch nehmen musste, da Bildung, Integration in die Gesellschaft und die Fähigkeit, den erforderlichen bürokratischen Aufwand zu bewältigen, besser sind. Die Schwächsten laufen daher wieder einmal Gefahr, die lebenswichtige Unterstützung, die sie brauchen, nicht erreichen zu können.

Im Dezember 2010 schlug die Europäische Kommission vor, eine europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu schaffen, als eine ihrer sieben Hauptinitiativen für Maßnahmen, die diesem Ziel dienen. Die Plattform soll die Mitgliedstaaten, EU-Institutionen und die wichtigsten Interessenvertreter ver-

anlassen, eine gemeinsame Verpflichtung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzugehen. Die EU 2020 Strategie und ihre Hauptinitiative zeigen die Bereitschaft, auf soziale Gerechtigkeit in Europa hin zu arbeiten. Es ist zu hoffen, dass sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten genügend

politischer Wille herrscht, um zu gewährleisten, dass die zur adäquaten Umsetzung dieser Pläne erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Miriana Giraldi,
Politische Referentin, EASPD

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – ein Erfolg?

Interview mit Fintan Farrell, der Leiter des European Anti-Poverty Network (EAPN)



Fintan Farrell

Was wurde Ihrer Meinung nach mit dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erreicht?

Die zeitliche Abstimmung des Jahres mit dem richtigen Moment, da die europäischen Institutionen ihre Hauptstrategien für das kommende Jahrzehnt entwickelten und formulierten, war entscheidend für die Gewährleistung, dass Armut und soziale

Ausgrenzung bei der Verhandlung dieser Strategien einen hohen Stellenwert erhielten. Dies trug teilweise zum Erreichen wichtiger Fortschritte bei, darunter das Ziel der Verringerung von Armut, eine Sozialrichtlinie in der Strategie Europa 2020 und die Annahme des Flaggschiffprogramms Plattform gegen Armut. Außerdem wurde das Jahr genutzt, um Fortschritte in wichtigen thematischen Bereichen zu machen, die über die offene Methode der Koordinierung für Sozialschutz identifiziert worden waren, darunter aktive Eingliederung (der Ruf nach einer Rahmenrichtlinie zum Mindesteinkommen), Kinderarmut (die Zusage einer Empfehlung) und Obdachlosigkeit (Folgemaßnahmen zur Konsenskonferenz). Die Verbindung zwischen Diskriminierung und Armut wurde während des Jahres ebenfalls hervorgehoben. Eines der positivsten Ergebnisse des Jahres 2010 war die Schaffung neuer Allianzen im Zusammenhang mit Aktionen, die während des Jahres vorbereitet wurden. Diese Allianzen wurden zwischen Nichtregierungsorganisationen geschlossen, aber auch mit anderen Akteuren, darunter Institutionen, lokale Behörden, Gewerkschaften, Akademiker, Medien, kulturelle Organisationen, Schulen ... Es ist zu hoffen, dass diese Allianzen das Jahr 2010 überleben werden.

Die EU 2020 Strategie beinhaltet einige recht ehrgeizige Ziele hinsichtlich der sozialen Eingliederung. Sind finanzielle Mittel und der politische Wille vorhanden, diese Ziele zu erreichen?

Heute haben wir es überall in Europa mit Sparmaßnahmen zu tun. Man kann kaum von Ergebnissen des Jahres 2010 sprechen, wenn man sich die raue Wirklichkeit ansieht, mit der die Menschen es zurzeit zu tun haben. Es wurden keinerlei Bemühungen auf EU und auf Ebene der Mitgliedstaaten unternommen, die sozialen Auswirkungen dieser Entscheidungen zu untersuchen, sodass die Grundrechte von Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung erleben, weiter unterhöhlt werden. Daher ist es klar, dass derzeit die finanziellen Mittel und der politische Wille, die sozialen Ziele der EU 2020 Strategie zu erreichen, nicht existieren. Als soziale Nichtregierungsorganisationen müssen

wir versuchen, die Kluft zu überbrücken oder zumindest den Widerspruch zwischen der positiven Rhetorik und der rauen Wirklichkeit in den kommenden Jahren hervorzuheben.

Wie werden Ihrer Meinung nach angesichts der Kürzungen in den Sozialbudgets und der zunehmenden Notwendigkeit von Unterstützungsdienstleistungen für immer mehr Menschen die EU-Mitgliedstaaten die Kluft zwischen zunehmenden Anforderungen und schrumpfenden Budgets schließen?

Derzeit hat in den meisten Mitgliedstaaten die Sicherung der Existenz von Sozialdiensten und sozialen Sicherungssystemen nicht oberste Priorität. Die Mitgliedstaaten müssen jetzt in Sozialdienste und soziale Sicherungssysteme investieren, sodass sie ihre Rolle als 'wirtschaftliche Stabilisatoren' spielen und die enormen zukünftigen Kosten vermeiden, die entstehen, wenn in diese Bereiche nicht investiert wird. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten zu veranlassen, die Notwendigkeit dieser Verschiebung der Prioritäten zu erkennen, ist eine enorme Aufgabe, da sie eine absolute Verschiebung des herrschenden politischen Paradigmas erfordert. Dies ist eine enorme Aufgabe und die Nichtregierungsorganisationen dürfen sich nicht scheuen, ihre Rolle bei der Herbeiführung dieses Wandels zu spielen. Nur wenn wir Fortschritte in dieser Richtung machen, können wir eine Umkehr von der aktuellen Realität zunehmender Not gewährleisten und sicherstellen, dass das verfügbare Budget in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt wird.

Was bedeuten das Jahr und die Ergebnisse des Jahres für Menschen mit Behinderungen und andere diskriminierte Gruppen?

Behindertenorganisationen sind besser in der Lage, diese Frage zu beantworten. Es wäre interessant, festzustellen, wie sie sich während dieses Jahres einsetzten und welche direkten Ergebnisse sie anstrebten. Für die Koalition der Nichtregierungsorganisationen 2010 war die Hervorhebung der Verbindung zwischen Diskriminierung und Armut eines der wesentlichen Ziele für das Jahr. In dieser Richtung wurden einige Fortschritte gemacht. Für mich ist klar, dass, wenn wir bei der Bekämpfung von Armut echte Fortschritte erzielen wollen, Fragen der Gleichheit in die Eingliederungspolitik eingebunden werden müssen. Es wird daher wichtig sein, dass nationale Maßnahmenpläne zur Eingliederung (oder ähnliche Pläne, die im Rahmen der EU 2020 Strategie entstehen) direkte Verpflichtungen enthalten müssen, das Problem der Ausgrenzung anzugehen, mit der es einige Gruppen, darunter Menschen mit Behinderungen, zu tun haben.

Leben in Armut

Man braucht viel Unterstützung und einen starken Charakter, um der Armut zu entkommen



Ich heiße Vasile Vlad und bin fast 40 Jahre alt. Ich wurde in Sipoteni in der Republik Moldawien geboren. Ich leide am Charcot-Marie-Tooth-Syndrom, einer sehr schweren Form von Myopathie. Dies ist eine genetische periphere Neuropathie, die sich als Muskelschwund und als progressive sensitive Neuropathie (die peripheren Nerven sind betroffen) äußert und sich auf die oberen und unteren Extremitäten konzentriert. Es ist eine genetische, erbliche, degenerative Krankheit, die durch eine chromosomale Anomalie verursacht wird, die die Schädigung der peripheren Nerven bestimmt. Heute kann die Charlot-Marie-Tooth-Krankheit nicht endgültig geheilt werden, es gibt aber eine Reihe von Behandlungen, die helfen, die Symptome zu lindern und die Mobilität zu erhöhen. Bis zum Alter von 18 Jahren



Die Geschichte von Vasile Vlad, Dienstleistungsnutzer der Association of Charity and Social Assistance ACASA in Moldawien

war ich in der Lage, mich selbst unabhängig zu bewegen. Ich schloss die Schule in der Gemeinde ab. Aufgrund der Krankheit und der Tatsache, dass es keine adäquate Behandlung gab, war ich mit 19 auf einen Rollstuhl angewiesen. Als ich jung war, betreute meine Mutter mich, aber ich strebte immer ein unabhängiges Leben an und wollte alles selbst tun können. Das größte Problem war die finanzielle Situation. Die Invalidenpension, die ich vom Staat erhielt, war erbärmlich, es gab aber auch eine Zeit, in der nicht einmal diese erbärmliche Pension gezahlt wurde. Angesichts der schwierigen Situation, die meine Mutter durchmachte, als sie mich und meinen Bruder, der an der gleichen Krankheit leidet, aber 11 Jahre jünger ist, betreute, konnte ich nicht einfach dasitzen und nichts tun. Ich fing an, elektronische Geräte, Radios, Fernseher zu reparieren, aber da die Krankheit fortschritt, konnte ich diese Arbeit nicht lange machen, weil ich die für diese Tätigkeit unerlässlichen Geräte nicht benutzen konnte. Mit 23 eröffnete ich den ersten kleinen Laden in der Gemeinde, in der ich lebe. Damals waren alle Läden staatliche Organisationen, da

der Privatsektor vollkommen unentwickelt war. Alle staatlichen Läden waren leer. Vor 7 Jahren realisierte ich über den Verband ACASA ein Projekt in der Gemeinde, das in der Eröffnung eines Computerzentrums bestand, das Nutznießern aus der Gemeinde aus unterschiedlichen Kategorien, unabhängig von ihrem Status und ihrer finanziellen Situation, die Möglichkeit bieten soll, zu lernen, wie man einen Computer benutzt und sich im Internet bewegt. Gegenwärtig setzen wir ein neues Projekt um, das hauptsächlich dazu dient, Mitgliedern der Gemeinschaft soziale Dienstleistungen zu bieten und neue Arbeitsplätze für Behinderte und Nichtbehinderte zu schaffen. Wir eröffneten eine Schneider- und eine Schusterwerkstatt. Ich nehme aktiv am gesellschaftlichen Leben teil, ich bin Ratsmitglied, ich bin Vorsitzender der Kommission zum Schutz der Rechte Behinderter im Rollstuhl innerhalb der Union der NRO für Behinderte in Moldawien. Meiner Ansicht nach ist das Armutrisiko eines Menschen mit Behinderung sehr hoch und man braucht eine Menge Unterstützung und Charakterstärke, um der Armut zu entkommen.

Ohne die Hilfe von SASA und des Roten Kreuzes würde er nicht wissen, wie er überleben sollte

Die Geschichte des Herrn S., Dienstleistungsnutzer der Social Association St. Andrew (SASA) in Varna, Bulgarien



Herr S. ist 22 Jahre alt, lebt in der Nähe des Schwarzen Meeres in einem Ort namens Aksakovo und ist seit 2009 Klient des Sozialwerks St. Andreas, einer bulgarisch-deutschen gemeinnützigen Organisation in Varna. Er ist schizophren und hat eine leichte geistige Behinderung. Sein Monatseinkommen beträgt 129 Bulgarische Lev, das sind etwa 66 Euro. Sein Einkommen deckt kaum seine Ausgaben für Medikamente und Lebensmittel - Kleidung oder warme Schuhe kann er sich nicht leisten. Laut eigenen Schätzungen braucht Herr S. mindestens 250 Lev (180 Euro), um ein Leben in Würde führen zu können. Die offizielle Statistik besagt, dass 251 Euro pro Person und Monat erforderlich sind, um in

Bulgarien zu leben, 45 % dieses Betrages allein für Nahrungsmittel, was 113 Euro für Nahrungsmittel pro Person und Monat ausmacht. Er erhält 9,75 Lev (5 Euro) für öffentliche Verkehrsmittel und den gleichen Betrag für Medikamente. Er bekommt an jedem Werktag Essen auf Rädern (Frühstück, Mittagessen, Abendessen) und Lebensmittelpakete für das Wochenende vom Sozialwerk St. Andreas, und Mitarbeiter des Sozialwerks sorgen von Zeit zu Zeit für ärztliche und zahnärztliche Betreuung. Er erhält außerdem Lebensmittelpakete vom Bulgarischen Roten Kreuz. Herr S. absolvierte eine sekundäre Berufsausbildung als "Hilfskoch" am Sonderinternat "T. Samodumov" im Dorf Kranevo. Nach

Abschluss der Schule kehrte er zurück in die Stadt Aksakovo. Leider ist Herr S. aufgrund seiner Behinderung nicht in der Lage, in seiner Heimatstadt eine Arbeit als Hilfskoch zu bekommen. Ohne ein Arbeits-einkommen werden sich seine Lebensbedingungen nicht verbessern, da seine Familie zu arm ist, ihn finanziell zu unterstützen. Ohne die Unterstützung des Sozialwerks St. Andreas und des Roten Kreuzes wüsste er nicht, wie er überleben soll.

Silvia Grigorova,
Koordinatorin von Social Association
St. Andrew (SASA)

Ich würde mich freuen, wenn ich etwas mehr Taschengeld hätte, um ab und zu ins Kino gehen zu können



Interview mit Willy Vander Stappen, Bewohner von De Lork vzw, einer Dienstleistungseinrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung in Brüssel



Würden Sie sich als arm beschreiben?

Nein, ich finde nicht, dass ich arm bin. Ich habe das Glück, in De Lork zu leben. Hier habe ich alles, was ich brauche.

Haben Sie eine Arbeit?

Nein, ich habe keine Arbeit. Tagsüber nehme ich an den Aktivitäten des ambulanten Pflegezentrums von De Lork teil.

Haben Sie genug Geld zum Leben?

Ich hätte gern etwas mehr Taschengeld, damit ich mir etwas kaufen kann, wenn ich unterwegs bin, zum Beispiel etwas zu trinken. Geld macht nicht glücklich und man kann sich die Finger daran verbrennen,

aber trotzdem wäre ich froh, wenn ich etwas mehr Geld zur Verfügung hätte.

Was würden Sie sich gerne kaufen, wenn Sie mehr Geld hätten?

Ich möchte ins Kino gehen oder ein Pfeffersteak in einem schönen Restaurant essen oder verreisen, zum Beispiel nach Japan. Dort muss es wunderbar sein. Ich möchte auch ein Eis oder einen Pfannkuchen essen oder ein Konzert besuchen oder Sport machen, vielleicht Schwimmen oder Boxen. Leider habe ich nicht mal genug Geld, mir eine Kinokarte zu kaufen.

Wie viel Geld bekommen Sie?

Keine Ahnung.

Woher kommt das Geld?

Ich weiß nicht, woher es kommt.

Wer ist für Ihr Geld zuständig?

Ein Rechtsanwalt kümmert sich um mein Geld, aber den sehe ich nicht sehr oft. Tatsächlich habe ich ihn sehr lange nicht gesehen.

De Lork sorgt für Ihr Essen, Ihre Unterkunft und Ihre Kleidung. Das Sozialministerium übernimmt den Rest zur Finanzierung Ihres Lebensunterhalts. Glauben Sie, das ist genug?

Ich wäre mehr als glücklich, wenn ich etwas mehr Taschengeld hätte, um gelegentlich ins Kino gehen zu können.

Was machen Sie mit Ihrem Taschengeld?

Ich kann mir höchstens einen Kaffee oder eine Cola leisten.

Politische Einschätzungen zum Thema Armut

Unser Einsatz für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss weitergehen

Isabelle Durant, MEP und Vizepräsidentin des Europaparlaments

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 geht seinem Ende entgegen, tatsächlich fängt aber alles erst an. Menschen in Notsituationen und die verschiedenen Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, haben das ganze Jahr über gearbeitet.



Es ist undenkbar, dass dieses riesige Netzwerk 2011 aufhört, zu funktionieren. Die zahlreichen Empfehlungen, die dieses Jahr formuliert wurden und das in der EU 2020 Strategie genau vorgegebene Ziel, die Armut zu reduzieren, müssen Schritt für Schritt umgesetzt werden. Eine effiziente Überwachung der Fortschritte dieser Umsetzung muss festgelegt werden. In allen Mitgliedstaaten nimmt die Nachfrage nach Dienstleistungen zu, für alle Menschen, die in Not leben, noch stärker jedoch für behinderte Menschen. Öffentliche Mittel müssen in Anspruch genommen werden, um diese Dienstleistung zu finanzieren, um die Maßnahmen

der privaten und öffentlichen Dienste zu unterstützen, aber auch die verschiedenen Verbände, die sich mit diesen Problemen beschäftigen. Sparmaßnahmen müssen sich auf andere unwesentliche Aspekte konzentrieren und nicht auf die Dienste für Menschen in Schwierigkeiten und Programme zur sozialen und beruflichen Eingliederung. Es ist für die Zukunft wichtig, in alle Investitionen einen horizontalen Ansatz zu integrieren, um die Personen zu berücksichtigen, die in Gefahr sind, diskriminiert zu werden oder in Not zu geraten. Dieser Preis ist zu zahlen, wenn dieses Jahr 2010 mehr werden soll, als eine Addition von Ereignissen und Aufklärungsaktionen.



Isabelle Durant

Je stärker behinderte Menschen in die Gesellschaft eingegliedert werden, desto geringer ist das Risiko, dass sie verarmen

Interview mit Jan Jařab, Regionalvertreter, Amt des Hohen Menschenrechtskommissars der Vereinten Nationen

Wie kommt es, dass im Jahr 2010 in Europa Millionen Menschen mit Behinderungen Ihre Menschenrechte nicht genießen können?

Vielleicht ist die Formulierung dieser Frage ein wenig zu pessimistisch. Millionen Menschen mit Behinderungen in Europa können ihre Rechte in größerem Umfang genießen als noch vor einer Generation. Aber bestimmt sind wir noch sehr weit davon entfernt, Behinderten in Europa garantieren zu können, dass sie ihre Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können. Warum ist das so? Teilweise, weil Europa und die ganze Welt erst vor kurzem anerkannt, dass die Belange Behinderter menschenrechtliche Fragen sind, was durch die Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum Ausdruck kam. Und teilweise ist es auf die enormen Unterschiede zwischen einzelnen europäischen Ländern hinsichtlich der Entwicklung ihrer Standards der Rechte Behinderter in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen.

Glauben Sie, dass die Umsetzung der UN-Konvention Auswirkungen auf die Prävention des Armutrisikos behinderter Menschen haben wird und wenn ja, wie?

Ja, die UN-Konvention wird definitiv Auswirkungen auf den Standard ihrer Menschenrechte haben – und das beinhaltet wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Daher dürfte sie langfristig auch Auswirkungen auf die Prävention von Armut haben. Wie schnell dies jedoch geschieht, wird vom politischen Willen

der einzelnen Länder selbst, von ihren politischen Ansätzen und natürlich auch von ihrem allgemeinen sozioökonomischen Status abhängen. Die UN-Konvention folgt der Logik, dass jeder Mensch mit einer Behinderung seine Menschenrechte im größtmöglichen Maß genießen sollte und dass Gesellschaften sich nach Kräften bemühen sollten, dies möglich zu machen. In einigen europäischen Gesellschaften ist dies zumindest allgemein akzeptiert und ein gemeinsames Ziel der Politiker und der breiten Öffentlichkeit, wenn es auch in der Realität noch nicht vollständig umgesetzt ist. In anderen Gesellschaften jedoch, insbesondere in einigen der neuen Mitgliedstaaten und außerhalb der Grenzen der EU, herrscht häufig noch die Auffassung aus dem 19. Jahrhundert, dass Behinderte in Einrichtungen außerhalb der Gemeinschaft untergebracht und mit einer Art Mindeststandard versorgt werden sollten, der das bloße Überleben gewährleistet. Diese minimalistischen Erwartungen werden heute natürlich durch die UN-Konvention, die eindeutig gegen sie spricht, in Frage gestellt.

Was können Europa und die Mitgliedstaaten tun, um die Verbindung zwischen Armut und Behinderung - d.h. Behinderung führt zu Armut und Armut führt häufig auch zu Behinderung - zu durchbrechen?

Europäische Strukturfonds können ein sehr nützliches Instrument sein, um diese Verbindung zu durchbrechen, dies hängt jedoch davon ab, wie die Mitgliedstaaten Sie einsetzen. Sie können den Europäischen Sozialfonds nutzen, um Beschäftigung für Behinderte zu gewährleisten oder um Infrastrukturen (zum Beispiel in der Bildung) zu schaffen, die für Behinderte zugänglich und förderlich sind. Noch einmal, es geht nicht nur um Armut sondern es geht um die allgemeine Inanspruchnahme von Rechten und um die Eingliederung in die Gesellschaft. Natürlich haben wir es gegenwärtig auch mit einer anderen Dimension tun, nämlich mit der Wirtschaftskrise. Es besteht die Gefahr, dass die



Jan Jařab

Armut von Behinderten sogar zunehmen könnte. Wachsende Arbeitslosigkeit führt zu Einkommensverlusten. Hinzu kommt, dass soziale Dienste häufig die ersten sind, die Budgetkürzungen hinnehmen müssen. Leider geschieht dies vor allem mit progressiven gemeinschaftsbasierten Diensten, die von den Politikern als "weich" und entbehrlich angesehen werden. Die Mitgliedstaaten sollten die Kürzung der Budgets sozialer Dienste vermeiden, wenn sie das Risiko einer vermehrten Armut der Nutznießer solcher Dienste, darunter auch von Behinderten, vermeiden wollen.

Was können die Dienstleister tun, um diese Verbindung zu durchbrechen?

Dienstleister können Dienste anbieten, die auf die Eingliederung von Behinderten in die Gesellschaft abzielen und auch ihre potentielle Beschäftigungsfähigkeit erhöhen. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, die paternalistische Tradition von Pflegeeinrichtungen zu überwinden, in denen alles für den Behinderten getan wurde und stattdessen auf ihre Stimulation und Beteiligung zu bestehen. Ein solcher Trend besteht in Europa, die Entwicklung verlief jedoch sehr ungleichmäßig. Besondere Probleme gibt es in einigen osteuropäischen Staaten, in denen das Erbe des kommunistischen Systems überwunden werden muss.

Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung, insbesondere hinsichtlich der Menschenrechte für Behinderte?

Langfristig bin ich optimistisch. Wir können eine zunehmende Sensibilität für die Rechte Behinderter feststellen. Und je stärker sie in die Gesellschaft eingegliedert werden, desto geringer ist das Risiko, dass sie verarmen.



Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Trotz der deutlichen Zunahme der Anforderungen müssen öffentliche und soziale Dienste angesichts der staatlichen Bemühungen in ganz Europa, öffentliche Ausgaben zu kürzen und die öffentlichen Finanzen auf einen nachhaltigen Weg zurückzuführen, immer mehr mit immer weniger Ressourcen leisten. Eine kürzlich von der EASPD durchgeführte Erhebung zeigt, dass dies bereits der Fall ist: es gibt weniger Zugang zu Beschäftigung und unerlässliche Kürzungen bei sozialen Diensten bedeuten we-

niger Verfügbarkeit von Unterstützung. Daher ist eine klare Strategie der Unterstützung öffentlicher Dienste im Allgemeinen, wie Personentransport, Bildung, Beschäftigung sowie spezialisierter Dienste, beispielsweise solcher für Menschen mit Behinderungen, unerlässlich, wenn die soziale Kohäsion in Europa aufrecht erhalten werden soll und wenn Lebensqualität für immer mehr Menschen Realität werden soll und nicht nur ein schönes Prinzip.

Wie können wir die Verbindung zwischen Armut und Behinderung angehen, da ein Leben in Armut die Wahrscheinlichkeit von Verletzung, Beeinträchtigung und Behinderung erhöht und Behinderte gleichzeitig besonders anfällig für Armut sind?

Wir empfehlen:

- ★ **alle Interessenvertreter, darunter Zivilgesellschaft, soziale Dienste und vor allem Menschen in Armut** an der Debatte zu beteiligen. Dies ist wesentlich, wenn die Strategie EU 2020 Strategie nicht nur erfolgreich sondern auch relevant werden soll: wir können keine angemessenen Lösungen für die Bekämpfung von Armut vorschlagen, wenn uns das klare Verständnis fehlt, was dies in der Realität bedeutet – wenn wir es ernst meinen, werden wir den Dialog mit Menschen aufnehmen, die Armut und soziale Ausgrenzung erleben, statt künstlich zu versuchen, von unserem Standpunkt aus auf ihre Bedürfnisse einzugehen.
- ★ Daten über behinderte Menschen, die in Armut leben, zu sammeln, da dies wesentlich für das Verständnis der **multidimensionalen Natur von Armut ist, die von uns verlangt, verschiedene** Blickwinkel einzunehmen.
- ★ die **Geschlechtsperspektive zu berücksichtigen**. Frauen und Mädchen sind besonders anfällig für Armut und soziale Ausgrenzung.

- ★ dass Dienstleister und Behörden sich weniger auf die technischen Aspekte konzentrieren und zusätzlich eine Facette hineinbringen, die die Bedeutung des emotionalen Wohlergehens des Individuums anerkennt. Hierzu gehört die **Förderung von Selbstbestimmung und Unabhängigkeit**, was bedeutet, Kontrolle über das eigene Geld zu haben und gleichzeitig mit den Risiken umzugehen, die dies mit sich bringt.
- ★ dass Dienstleister **personalisierte Betreuung** bieten, indem sie den Klienten in den Mittelpunkt stellen und für ein hohes Maß an "sicherer Unabhängigkeit" sorgen.
- ★ dass Dienstleister **"die Sprache derer erlernen, die wir unterstützen wollen"**. Hierzu gehört, die Menschen, die wir unterstützen wollen, auf strukturell und gut organisierte Weise an politischen und Entwicklungsprozessen zu beteiligen. Armut ist nicht nur ein finanzielles Problem, sie ist ebenso eine Frage des emotionalen Wohlbefindens und der Lebensqualität. Unabhängig von der materiellen Entbehrung bedeutet Armut einen täglichen Kampf, Isolation und Stress.
- ★ dass die Europäische Kommission die **Strukturfonds und das Forschungsrahmenprogramm nutzt**, um die komplexen Bedürfnisse von in Armut lebenden behinderten Menschen besser zu verstehen und effektiver anzugehen.

Relevante Links:

European Anti-Poverty Network: <http://www.eapn.org/>

Website des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: <http://www.2010againstArmut.eu>

Hoher Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen: <http://www.ohchr.org>

WEITERE INFORMATIONEN:

Wenden Sie sich an das EASPD-Büro unter charlotte.boetticher@easpd.eu oder Oudergemselaan/ Av d'Auderghem 63 B – 1040 Brüssel T + 32 2 282 46 10

- ★ Oder gehen Sie auf die Rubrik Politik der EASPD-Internetseite www.easpd.eu.
- ★ Oder werden Sie Mitglied der Policy Impact Group der EASPD.

Feedback und Kommentare zu diesem Newsletter senden Sie bitte gerne an charlotte.boetticher@easpd.eu.



Diese Veröffentlichung wird durch das PROGRESS-Programm der Europäischen Union, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit finanziert. Sie spiegelt nur die Meinung des Autors wider. Die Kommission kann für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen nicht haftbar gemacht werden.